

(Vizepräsident Dvitz.)

(A) der eigentlich im Mittelpunkte der Verhandlung stehende Gegenstand, der Partikularismus.

Wenn man hier von Partikularismus gesprochen hat, so würde ich lebhaft gewünscht haben, daß man unter Partikularismus nicht alle diejenigen Bestrebungen versteht und in einen Topf wirft, die auf eine gewisse Selbständigkeit, auf ein gewisses Selbständigkeitsgefühl der Einzelstaaten hinauslaufen. Nein, den Partikularismus wird man nur dann richtig beurteilen, wenn man ihn mit dem Föderalismus in Verbindung bringt und ihn ihm gegenüberstellt. Diese beiden unterscheiden sich — das wird Ihnen wohl ohne weiteres einleuchten — dadurch, daß der Partikularismus die Selbständigkeit der einzelnen Staaten in einer Weise betont, die nicht mit den Schranken in Einklang zu bringen ist, die durch das Reichsgesetz und das Zusammenschweißen der Einzelstaaten im Reiche gezogen worden sind. Der Partikularismus ist also eine durchaus unberechtigte Erscheinung, die wir mit Ihnen jederzeit bekämpfen werden. Demgegenüber ist aber eine berechtigte Erscheinung offenbar der Föderalismus, denn wenn wir auch unsere Gliedstaaten zu einem einigen Deutschen Reich zusammengeschmolzen haben, so sind doch die Gliedstaaten als solche nicht aufgehoben, sondern haben ihre Fortexistenz gewährleistet erhalten durch die Reichsverfassung und können diese Existenzberechtigung auf großen, weiten Gebieten, die zum Segen der Entwicklung des ganzen Reiches in der Reichsverfassung niedergelegt sind, entfalten. Und nun kann es sich, wenn hier die Frage der Reichsvermögenszuwachssteuer aufgerollt und deren Beurteilung versucht worden ist, nach der Richtung des Partikularismus hin, doch bloß um die Beantwortung der Frage handeln, ob es sich bei der Bekämpfung der Reichsvermögenszuwachssteuer tatsächlich darum handelt, in unbefugter Weise die Berechtigung der Einzelstaaten auszudehnen, oder umgekehrt nur um die Wahrung durch die Reichsverfassung gewährleisteteter und die Voraussetzung der gesamten Entwicklung des Reiches bildender föderalistischer Bestrebungen. Ich glaube, bei einiger Gerechtigkeit in der Beurteilung der Stellung der konservativen Partei zu der vielgenannten Vermögenssteuer werden Sie doch wohl zugeben müssen, daß wir in dieser Beziehung tatsächlich durch die eine Sorge bestimmt werden, daß eine derartige Steuer, wie sie schon an und für sich einen schweren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten bringt, die große Versuchung in sich schließt, auf diesem Gebiete noch weiter zu gehen, um dadurch überhaupt die Finanzhoheit der Einzelstaaten unter Umständen illusorisch zu machen. Wenn gegenüber einer solchen Erscheinung dann eben der Revers gegenüber diesem Avers sich dadurch zeigt, daß der Preußentag auftritt, so ist das,

glaube ich, mehr als erklärlich. Aber diese Erscheinung (C) ist es doch nicht allein, denn der Preußentag richtet sich namentlich gegen gewisse Erscheinungen, die in Süddeutschland aufgetreten sind, und vor allen Dingen gegen die eine außerordentlich bedenkliche Erscheinung, das ist die Erscheinung des süddeutschen Großblocks, die Zusammenschweißung bürgerlicher Elemente mit der Sozialdemokratie zu dem ausgesprochenen Zwecke, nach demokratischer Richtung — hier ist wohl kein Zweifel — ihre Wirksamkeit zu entfalten. Wenn solche Erscheinungen im Süden auftreten, ist es da zu verwundern, wenn man sich im Norden auf seine eigentliche Aufgabe besinnt, die darin besteht, nicht Autoritäten zu untergraben, sondern zu stützen, damit in Stunden der Gefahr ein einiges Volk dasteht?

(Abgeordneter Günther: Siehe 1909 im Reichstag!)

Und können wir besonders in Deutschland uns den Luxus der Unterminierung der Autoritäten und womöglich der Schwächung des Militärs erlauben, die wir allein von allen Völkern der Erde von Feinden rings umgeben sind und die nationalen Muskeln aufs äußerste anspannen müssen, wenn nicht eines Tages die Abrechnung über uns kommen und das „Vae victis!“ wahrgemacht werden soll, das die alten Römer schon gegenüber ihren Feinden ausübten. Da hat man in Preußen ein sehr gesundes Gefühl, daß eine derartige Aktion gegenüber der Reaktion (D) nötig ist,

(Zurufe und Heiterkeit.)

Reaktion in dem Sinne, den ich hier mit der Sache verbinde und der von Ihnen wohl auch so aufgefaßt worden ist, wie ich es gemeint habe. Wenn eine derartige Aktion der Reaktion — ich wiederhole es ausdrücklich — in Preußen entgegentritt, so ist das eine Erscheinung, die jedenfalls nach allen Richtungen, mag sie auch mit gewissen Auswüchsen verbunden sein, wie ich wiederhole, doch ihre naheliegende Erklärung findet.

Meine Herren! Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich auf diesem Gebiete auch meinerseits mich wiederholt habe, aber es blieb kaum etwas anderes übrig, nachdem auch in den Auslassungen der Herren Vorredner tatsächlich neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht worden sind.

Nun erübrigt sich für mich nur noch ein einziges, das sind die Vorgänge, die sich an ein Zitat eines Abgeordneten der nationalliberalen Partei knüpften. Hier möchte ich nun zunächst einmal dem Herrn Abgeordneten Brodauf folgendes erwidern. Wenn er gegenüber dem Zitat, das von jener Seite gegeben worden ist, mich nun dadurch ins Unrecht setzen zu können geglaubt hat, daß er Bezug nahm auf die Anführung eines Bismarckschen